

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 6-spaltige Zeile 1,30 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Anzeigen 1.— Mk. von auswärts 1,50 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis 10 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 98

Donnerstag, den 28. April 1921

12. Jahrgang

Frankreich lehnt jede Verständigung ab.

Die Annahme des neuen deutschen Reparationsangebots in Frankreich und England.

Nach einer Havasmeldung erklären die zuständigen Kreise die neuen deutschen Gegenentwürfe für vollkommen unannehmbar. Deutschlands Anerbietungen seien von so vielen Vorbedingungen abhängig gemacht, daß die von der Reichsregierung angebotene Summe um mindestens 100 Milliarden hinter den Pariser Forderungen zurückbleibe. Durch die gleichzeitige Forderung auf Aufhebung aller Zwangsmassnahmen biete Deutschland einerseits weniger, als es schuldig sei, um andererseits noch mehr zu nehmen, als seine künftigen Zahlungen ausmachen würden. Aus der übrigen französischen Presse, mit Ausnahme des Gewerkschaftsblattes „Le Peuple“, das das deutsche Angebot als nützliche Diskussionsbasis bezeichnet, geht hervor, — was übrigens vorauszusetzen war — daß Frankreich eine Gewaltanwendung jedem Verständigungsversuch vorzuziehen entschlossen ist.

Wilder urteilt die englische Presse, mit Ausnahme der chauvinistischen „Daily Mail“, die das neue Angebot als „Hunnen-Humburg“ bezeichnet. Bei aller Kritik an Einzelheiten des deutschen Vorschlages wird er doch immerhin als Verhandlungsgrundlage anerkannt. „Daily News“ meinen, Deutschland biete weit mehr, als Frankreich je durch einen Einmarsch in das Ruhrgebiet aus Deutschland herausholen könnte.

Amerika als Vermittler.

Washington, 26. April. (Reuter.) Nach Empfang der deutschen Gegenentwürfe haben sich auf eine Einladung von Hughes hin die Vorkämpfer Frankreichs, Englands, Italiens und Japans in das Staatsdepartement begeben. Die alliierten Diplomaten wurden davon in Kenntnis gesetzt, daß die Vereinigten Staaten zuerst die Ansicht der Alliierten bezüglich der deutschen Gegenentwürfe hören wollten, bevor sie Deutschland antworteten.

Paris, 27. April. Havas ist in der Lage, mit Bestimmtheit zu versichern, daß die amerikanische Regierung nach Kenntnisnahme der deutschen Vorschläge erneut ihre Absicht bekräftigt hat, fernhin die Stellungnahme zu wahren, die sie gestern nachmittags Briand im Senat klargelegt hat. Die Vereinigten Staaten würden keinen Schritt unternehmen, ohne sich vorher vergewissert zu haben, daß er den Verhandlungsregierungen angenehm wäre.

London, 27. April. Wie Reuter aus Washington meldet, hat die amerikanische Regierung bis heute mittag keine von ermächtelter Seite herrührende Benachrichtigung über die Haltung der Alliierten erhalten. Das Staatsdepartement wird den Empfang einiger Angaben über die Unannehmbarkeit der deutschen Gegenentwürfe abwarten, ehe es nach Berlin eine Antwort erteilt.

Berlin, 28. April. Blättermeldungen aus London zufolge sind dort Nachrichten aus Amerika eingetroffen über die wahrscheinliche Bereitwilligkeit Amerikas, mit Deutschland weiter zu verhandeln, um eine Grundlage für neue Besprechungen zwischen Deutschland und den Alliierten zu finden. Amerika wird vermutlich Frankreich zu verstehen geben, daß eine Befreiung des Ruhrgebietes Amerikas unangenehm sein werde, solange nicht alles versucht worden ist, um vorher zu einer Verständigung zu gelangen. Im Falle einer Weigerung Frankreichs sollen England und Italien gebeten werden, die neuen Pläne Frankreichs nicht zu unterstützen.

Wie die „Boschische Zeitung“ hört, hat der englische Botschafter in Berlin d'Abnon gestern Reichsminister Dr. Simons ausgesucht, der ihm erläuternde Erklärungen zu den deutschen Vorschlägen machte.

Paris 27. April. Briand hat gestern den italienischen Botschafter über das Ergebnis seiner Besprechungen mit Lord George unterrichtet, so wie es vor der Abreise Briands verabredet worden war.

London, 27. April. (Reuter.) Der belgische Minister des Auswärtigen Jaspar erklärte, Belgien könne den deutschen Vorschlag, der nicht auf dem Pariser Übereinkommen basiert sei, nicht annehmen. Jeder Vorschlag aus Berlin müsse auf den Pariser Bedingungen basieren. Die Reparationsfachverständigen sind der Meinung, daß der

deutsche Vorschlag den französischen Forderungen in seiner jetzigen Form nicht zu entsprechen vermag. Doucheur sieht die deutsche Note nicht als ernsthaft an.

Sollte diese Auffassung Doucheurs von seinen Ministerkollegen geteilt werden, so geht daraus nur hervor, daß Frankreich jetzt überhaupt jede Verständigung zurückweisen will, um sein Ziel der Befreiung des Ruhrgebietes verwirklichen zu können. In diesem Zusammenhang gewinnen die nachfolgenden Äußerungen unseres Genossen Hermann Müller in der gestrigen Reichstagsdebatte eine besondere Bedeutung.

Die in Amsterdam von der Gewerkschaftsinternationale gefassten Beschlüsse sind das Maximum an Wohlwollen, das vom Ausland für Deutschland eingebracht wird. Die Parteien der Rechten haben kein Recht, über die Verzögerung der deutschen Vorschläge Beschwerde zu führen, denn sie wollten nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen ja überhaupt keine neuen Vorschläge. Wenn den Bewohnern der zerstörten Gebiete nicht früher Unterkunft beschafft werden konnte, so liegt das an dem französischen Minister Doucheur, der gegen die Hilfsaktion der deutschen Gewerkschaften Einspruch erhoben hat. (Hört, hört!) Meine Fraktion ist noch heute der Meinung, daß die Pariser Forderung der 42 Jahreszahlungen unerfüllbar sei. Wenn das Reichskabinett einmütig die in seinem neuen Vorschlage übernommenen Lasten für erträglich hält, so haben wir keinen Anlaß, dagegen zu protestieren. Prestigefragen dürfen die Verständigung nicht vereiteln. —

Die deutsche Entwaffnung.

Paris, 27. April. Auf Vorschlag der Interalliierten Militärkommission von Versailles wurde der Antrag der deutschen Regierung, der eine schiedsrichterliche Entscheidung über gewisse strittige Punkte in der Auslegung verschiedener militärischer Bestimmungen des Vertrages von Versailles forderte, abgelehnt und werden die von der Berliner Kontrollkommission getroffenen Entscheidungen bestätigt.

Das Zögern der Reichsregierung in der Durchführung der einmal übernommenen Entwaffnungsverpflichtungen hat schon oft Anlaß zur Kritik gegeben. Auch hier sind die Ausführungen von Hermann Müller in der gestrigen Reichstagsdebatte bemerkenswert. Anknüpfend an die prooktorischen monarchistischen Demonstrationen und besonders die Teilnahme von Reichswehrdeputierten beim Leichenbegängnis der ehemaligen Kaiserin sagte unser Genosse:

Durch solche Demonstrationen werde im Auslande der falsche Eindruck erweckt, daß in Deutschland noch immer der Geist der Monarchie herrscht. Eine Einmischung der Militärs in die Politik, wie sie sich in den Mobilisierungsvorhaben im Osten zeigt, verdrängen wir uns ganz entschieden. Wir verlangen, daß der grobe Unfug der Probemobilisierung sofort eingestellt wird. Die Regierung muß die noch im Osten vorhandenen Waffenlager schleunigst aufheben, denn sie sollen doch nur den deutschen nationalen Feinden der Republik dienen. Wir wollen unser Volk gegen wirtschaftliche Verklavung und politische Verzeihung schützen.

Der polnische Kampf um die Unteilbarkeit Oberschlesiens.

D. E. Die Warschauer Presse erörtert lebhaft den in deutschen Blättern wiedergegebenen Bericht, wonach der Präsident des Sejms Trampczynski und der Außenminister Sapieha unmittelbar vor der Volksabstimmung in Oberschlesien einer Sonderabordnung des „Bundes der Oberschlesier“ (Anhänger der völligen Unabhängigkeit Oberschlesiens) die feierliche Zusage gegeben hätten, die polnische Regierung vertrete „bedingungslos die Unteilbarkeit“. Angesichts des Ausfalls der ober-schlesischen Wahlen macht sich immer stärkere Beunruhigung darüber geltend, daß eine solche Äußerung zugunsten des polnischen Standpunktes den Ausschlag geben könnte. Das Abendblatt „Przeglad“ verlangt eine sofortige Aufklärung dieser Angelegenheit durch ein amtliches Kommuniqué, da hier in die deutschen Zeitungen übergegangene Bericht zuerst von der Warschauer Presse veröffentlicht und noch nicht dementiert worden sei. Besonders charakteristisch ist die Schlusswendung des Blattes: „Die Unteilbarkeit Oberschlesiens ist die beste Lösung, unter der einen Bedingung, daß eine ungeteilte Zuweisung an Polen erfolgt.“

Zu allem bereit.

Der Grund dafür, daß die Regierung den Wortlaut ihrer Antwort an Harding auch am Montag noch nicht veröffentlicht hat, liegt darin, daß man diesem Wortlaut nicht den Charakter eines letzten Wortes geben wollte. War kennzeichnend man den Inhalt der Note an Harding richtig, — was man sagt, daß er eine Umschreibung des Pariser Beschlusses ist, aber da sich die deutsche Regierung noch nicht klar darüber war, ob diese Umschreibung dem Original genug angepaßt sei, hat sie sich die Möglichkeit vorbehalten, auf den Rat Amerikas hin noch einige Korrekturen vorzunehmen. Man geht kaum fehl mit der Annahme, daß Harding den deutschen Entwurf den Vertretern der Entente zeigen und diese fragen wird, ob sie mit ihm einverstanden seien. Eventuelle Einwände der Ententevertreter wird dann Harding an die deutsche Regierung weiter geben, und diese scheint entschlossen zu sein, auf alles einzugehen, was verlangt wird.

Es mag sein, daß es letzten Endes nicht anders kommen konnte, als es gekommen ist. Aber dann wird man rückwärtsgewandt sich fragen müssen, was das Geschrei der Deutschen Volkspartei bedeutet hat über die Annahme des Friedens von Versailles durch die deutsche Sozialdemokratie. Die Pariser Beschlüsse sind für Deutschland womöglich noch ungünstiger als der Vertrag von Versailles selbst, und doch hat eine rein bürgerliche Regierung, deren rechten Flügel die Deutsche Volkspartei bildet, es für nötig gehalten, Zugeständnisse zu machen, die das faktisch Geforderte der Pariser Beschlüsse ungefähr erreichen. Es liegt sich wieder einmal an einem geradezu erschütternden Beispiel, daß es durchaus zweifelhaft ist, sich in Verhandlungen mit nationalistischen Redensarten den Mund zu zerreißen und als Mitverantwortlicher in der Regierung zu sitzen und über die Schicksalfragen des deutschen Volkes nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden.

Ob die Bereitschaft der deutschen Regierung zu Zugeständnissen, die noch vor wenigen Wochen als ganz unannehmlich galten, den drohenden geschwungenen Arm des Gegners entwarf, die weiteren Besetzungen verhindern und die Räumung des neu besetzten Gebietes herbeiführen wird, steht noch dahin. Heute muß man immer noch mit der Möglichkeit rechnen, daß Frankreich trotz der bis auf den heutigen Tag getriebenen Verhandlungsbereitschaft Deutschlands auf den geplanten Gewaltmaßnahmen bestehen wird. Sollte es aber doch zu einer Vereinbarung kommen, so wird auch diese eben nur solange dauern können, als Deutschland imstande sein wird, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Mit bloßen Unterschriften wird man sich drüber nicht zufrieden geben, sondern man wird sofortige schwere Leistungen verlangen, und wenn die Leistungen ausbleiben oder nicht nach Wunsch ausfallen, wird sich wieder, um in der Bilderreichen Sprache Briands zu sprechen, der Weltfriede zusammen mit dem Genarm auf den Weg nach Osten begeben. Mehr als eine Salzfahrt wird also nicht gewonnen sein, wenn es der deutschen Regierung nicht gelingt, so viele Leistungen aus dem deutschen Volke herauszuholen, wie notwendig sind, um die Ansprüche des Gegners zu befriedigen. Eine wesentliche Erleichterung könnte die internationale Antike bringen: mit deren Hilfe Deutschland eine Atempause von ein paar Jahren verschafft werden könnte. Wahrscheinlich würde sich ohne eine solche Antike bald die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands herausstellen, und dann wären wir wieder einmal ebenso weit, wie wir jetzt sind, wahrscheinlich sogar noch weiter, da die Drohungen mit Gewalt nicht auf die Dauer als bloße Prestigemittel benutzt werden können, sondern sich, wenn Deutschland „rückfällig“ wird, in die Wirklichkeit umsetzen müssen.

Es ist möglich, daß in einigen Jahren die politische Atmosphäre eine andere sein wird, und daß man dann wohl oder übel bereit sein wird, auf eine wirklich erwiesene deutsche Zahlungsunfähigkeit Rücksicht zu nehmen. Eine solche Rücksichtnahme ist aber für die nächsten Jahre nicht zu erwarten, und am allerwenigsten für die nächsten Wochen, da jetzt den französischen Steuerzahlern die Steuerzettel ins Haus regnen und dadurch die alte Forderung, Deutschland müsse alles zahlen, vielfach verstärkte Auftriebskraft gewinnt. Die Regierung muß sich also klar darüber sein, woher sie in den nächsten Jahren die Bewanntheit zur Befriedigung der gegnerischen Forderungen hernehmen wird. Nur dadurch kann sie dem deutschen Volke eine Erholungsphase verschaffen, die die zu bringenden Opfer einigermaßen lohnt.

Ein abschließendes Urteil über die Politik der Regierung Fehrenbach-Simons wird man zurückstellen müssen, nicht nur bis die Note an Harding veröffentlicht ist, sondern bis sich gezeigt haben wird, welcher positive Erfolg dabei herauskommt. Man braucht aber von der Politik dieser Regierung wahrhaftig nicht entsetzt zu sein, um einzusehen, daß durch die Ausschiffung des Dr. Simons, die von der Rechten mit großem Eifer betrieben wird, gar nichts erreicht, sondern nur alles verschlagen werden kann. Mühte Simons heute verschwinden, so würde die Pariser Presse sofort behaupten, mit ihm sei der letzte Mann gegangen, der es mit den deutschen Entschuldigungsverpflichtungen ernst genommen hätte. Eine neue Regierung könnte jetzt auch gar nichts anderes tun, als das begonnene Werk fortführen, wobei sie, eben infolge des Mißtrauens erweckenden Winterwechsels mit noch größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hätte als die gegenwärtige. Was die Regierung des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, die Regierung Fehrenbach-Simons, begonnen hat, das muß sie auch selbst vollenden. Das Ergebnis wird ganz gewiß nicht geeignet sein, Begeisterung zu erwecken. Man wird schon zufrieden sein müssen, wenn es möglich sein wird, es mit einem Uff der Erleichterung aufzunehmen.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg bei den niederösterreichischen Landtagswahlen.

Bei den Wahlen zum niederösterreichischen Landtag am letzten Sonntag wurden 22 Sozialdemokraten, 32 Christlich-sozial und 6 Großdeutsche gewählt. Die Sozialdemokratie hat seit dem vorigen Oktober einen Zuwachs von 26 727 Stimmen erhalten, die Christlichsozialen und Großdeutschen aber einen Verlust von 20 680 Stimmen erlitten. Bemerkenswert ist der sozialdemokratische Wahlerfolg bei der bürgerlichen Landbevölkerung.

Der Schrei nach dem Schiedsrichter.

W. W. Die Wiedereröffnung der durch den Krieg in Unordnung gebrachten Beziehungen der Völker untereinander hat bisher nur sehr geringe Fortschritte gemacht. Seitdem die siegende Partei es abgelehnt hat, mit der unterlegenen in paritätischen Verhandlungen zu beraten, ist in kaum einer großen Frage eine befriedigende Lösung erzielt. Die Hoffnung auf das ausgleichende Votum des Völkerbundes ist fehlgeschlagen. In der Beilegung des Konfliktes gehen genau so wie im Konflikte selbst die Machtfaktoren den Ausschlag. Wer nicht nur auf die Äußerungen von Staatsmännern, Parlamentariermitgliedern und Zeitungen, sondern auch die Meinung der Völker lauscht, vernimmt immer deutlicher den Schrei nach dem Schiedsrichter.

In den Siegerstaaten hört man oft die Bemerkung, der Verhandlung habe nicht nur den Krieg, sondern auch das Recht gewonnen, alle seine Handlungen als moralisch einwandfrei zu erklären. Selbst eine Frage wie die Schuld am Kriege ist nicht mehr so heiß diskutiert worden. — Wenn man die kategorische Behauptung der leitenden Verhandlungspolitiker von der deutschen Kriegsschuld als eine Entschädigung annehmen kann. Wer durch die letzten 2 1/2 Jahre nicht blind hindurchgegangen ist, muß begreifen, daß sich der Haß der Völker untereinander nur abkühlen kann, wenn in grundsätzlichen Fragen, wie die Schuld am Kriege, ein unabhängiges und in jeder Beziehung einwandfreies Tribunal zu Gericht gesessen und einer Spruch gefällt haben wird.

Aber auch in laufenden Fragen macht sich das Fehlen eines von beiden Seiten anerkannten Schiedsgerichts, je länger je mehr, geltend. Seit über 2 Jahren hat das Deutsche Reich an seine Pflichten im Saargebiet durchgeföhrt. Jedoch hat es sich eine Verrechnung aufgemacht: das Ergebnis ist — wie nicht in solchen Fällen — daß der Lieferant mehr höhere Werte errechnet als der Empfänger. Bis zum 16. März hat die Reparationskommission gewartet, bis sie ihre Rechnung veröffentlichte und damit zur allgemeinen Diskussion stellte. 6 Wochen vor dem Fälligkeitstermin der viel erörterten 20 Milliarden Gold beginnt also die öffentliche Diskussion über die genau diese Summe zu verbrauchenden Lieferungen. Während die Rechnungsbücher des Verbandes etwa 8 Milliarden Wert als Wert der deutschen Lieferungen angibt, kommt die Rechnung der deutschen Behörden auf über 20 Milliarden. Die Forderung der Verbandskommission, Deutschland solle bis zum 1. Mai 12 Milliarden Goldmark zahlen, ist ein Schlußpostulat, der es um eine gültige Lösung der Frage gar nicht ernstlich zu tun ist. Es dürfte doch bei beiderseitigem guten Willen nicht allzu schwer sein, festzustellen, ob das von Deutschland geleistete Vieh 80 Millionen oder nur 40 Millionen wert sei, und ob der Wert der Kohlenruben im Saargebiet entsprechend der deutschen Schätzung 1200 Millionen oder nach Ansicht der Sachverständigen nur etwa 400 Millionen beträgt. Es gibt keinen stichhaltigen Grund dafür, warum man der Wert der Saarkohlen nicht schon vor Jahr und Tag durch eine Kommission sachverständiger Neutrals sorgfältig hat abschätzen lassen.

Einmal werden sich die Gläubiger Deutschlands doch entscheiden müssen, die deutsche Leistungsfähigkeit nicht von fern durch parteipolitisch getriebene Brillen zu beschauen, sondern durch ernste Sachmänner prüfen zu lassen. Das deutsche Volk hat im Jahre 1918 nicht im leisesten daran gedacht, daß etwa seine gesamte Wirtschaftskraft und seine Arbeit für die Dauer eines ganzen Menschenalters nicht ausreichen sollten, die Kriegsschäden wieder herzustellen. Nachdem nun aber einmal die äußerste deutsche Leistungsfähigkeit als Maßstab für die Reparation angenommen ist, sollte auch seinen Tag mehr erwartet werden, diese Leistungsfähigkeit objektiv festzustellen. Auf künftigen Besuchen in Berlin, Hamburg, München und Leipzig oder auf einer Durchreise im Schnellzug läßt sich die deutsche Wirtschaftskraft nicht abschätzen. Solche Erhebungen beanspruchen selbstverständlich Zeit. Es ist weiter zu beachten, daß jede Woche, die verstreicht ohne eine Entscheidung getroffen ist, die Bilanz der deutschen Wirtschaftskraft verringert. Je

cher Schiedsrichter die Lösung der so gründlich verfahrenen großen Fragen in die Hand nehmen, um so besser für beide Teile, für Deutschland und für seine Gläubiger. Dr. Croll.

Bolschewistischer Mut und sozialistische Erkenntnis.

Die bedeutungsvollen Wandlungen des Bolschewismus, die gekennzeichnet werden durch seine Radikalität zu dem kapitalistischen Imperialismus, bleiben der Realität der blindgläubigen deutschen Kommunisten immer noch verborgen. Unsere Kommunisten schämen den Mut, mißachten aber die Erkenntnis. Es wird darum nützlich sein, daß sie lesen, was ein so ausgezeichnete Kenner des Bolschewismus wie Parvus, der zu den wenigen gehört, die von Anfang an die Entwicklung dieser asiatischen Bewegung richtig eingeschätzt haben, unter der Überschrift „Bolschewistische Wandlungen“ in dem letzten erschienenen hiesigen Heft des 7. Jahrgangs der „Blode“ ausführt. Es heißt da: „Mut ist seit dem Weltkrieg, in dem die Massen Wunderwerke der Tapferkeit und Selbstaufopferung vollbracht hatten, eine billige Ware geworden. Wir haben nur viel zu viel Mut gezeigt. Jetzt brauchen wir Erkenntnis. Das ist wichtiger. Uebrigens fehlte es ja unseren Spartanern und späteren Kommunisten keineswegs an „Mut“. Seit das persönliche Draufgängertum als leitender Faktor der Weltgeschichte hinzustellte, täten die russischen Sozialisten, sofern noch ein Funken Marxismus in ihnen steckt, besser, sich zu fragen, woher es komme, daß die deutschen Industriearbeiter in der Revolution nicht die gleiche Zerschlagung aufzubringen vermochten, wie die Kronstädter Matrosen, die kurzlich von den Bolschewisten gestürzt wurden, und wie die Kalmücken und Chinesen, mit deren Knuten und Gewehren sie jetzt in Rußland eine sozialistische Weltordnung aufzurichten gedenken.“

Die Wahrheit ist aber die, daß, wenn wir in Deutschland den gleichen Rudehrmüßel angerichtet hätten wie die Bolschewisten in Rußland, wir schließlich nach trübem Erfahrungen ebenso vor dem Großkapital würden zu Kreuze kriechen müssen, wie jetzt die Bolschewisten. Statt dessen hat die deutsche Arbeiterklasse durch die Revolution mit den letzten staatlichen Hindernissen ihrer politischen Entwicklung ausgeräumt und Positionen befestigt, die ihre politische und wirtschaftliche Nachstellung dauernd festigen. In Rußland ein sensationeller politischer Aufstieg und ein jämmerlicher wirtschaftlicher Zusammenbruch, in Deutschland ein dauernder Aufsteig. Das ist der Unterschied.

Wenn die deutschen Arbeiter nicht mehr erreicht haben, so liegt das an verschiedenen Umständen, unter denen das schlechte bolschewistische Beispiel und die bolschewistische Zerschlagung des Sozialismus keine unbedeutende Rolle spielen. Die revolutionären Maximen, die zur Zerschlagung der Sozialdemokratie geführt hatten, mußten verlagern, eine einheitliche Sozialdemokratie dagegen würde einen revolutionären Faktor bilden, der sich auch revolutionär durchsetzen hätte. Was die Arbeiter im industriellen Europa erreicht haben, mag nicht viel sein, wir sind jedenfalls weit davon entfernt, uns damit zufrieden zu geben, aber es ist dauernder Erfolg; dagegen was uns die Bolschewisten in Rußland vorgemacht hatten, waren bunte bemalte Dekorationen: nach außen zeigten sie die Einbildung, wenn man aber dahinterblickte, sah man nur trostlose Leere und Trümmerhaufen.“

Brands enges Einvernehmen mit Lloyd George.

Paris, 26. April. In der heutigen Sitzung der Kammer gab Ministerpräsident Brand eine Erklärung ab, in der er u. a. heißt: „Die Unterhaltungen mit Lloyd George in Dünkirchen haben die befriedigendsten Ergebnisse gezeitigt. Wir sind übereingekommen, vor dem 1. Mai eine Konferenz einzuberufen. Diese Konferenz sollte in Paris stattfinden, aber angesichts der Schwierigkeiten in der innerpolitischen Lage Englands werde ich nach London gehen. Die Reparationskommission hat ihre Votumrolle gespielt und ist

zu dem Entschlusse gekommen, daß Deutschland nicht 20 Milliarden, sondern nur 8 Milliarden bezahle hat. Deutschland hat die Ueberführung des Goldes der Reichsbank verweigert, verlangte Vermittlung und Schlichtung und sprach von übertriebenen Forderungen angesichts seiner Armut. Unsere Verbündeten haben die Demarche mit Wohlwille zurückgewiesen. Inzwischen haben wir erfahren, daß Deutschland an die Vereinigten Staaten Vorschläge finanzieller Art gerichtet hat. Man sagt uns, sie gingen über die Vorschläge von London hinaus. Deutschland weiß, daß wir allen Grund haben, an seinem guten Willen zu zweifeln. Es weiß auch, daß, wenn es sich an uns direkt mit dem Verlangen nach neuen Verhandlungen gewandt hätte, es annehmen mußte, daß wir ihm geantwortet hätten: Keine Worte mehr. Taten! Angesichts dieser Demarche sind wir sicher, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nur eine Initiative erweisen wird, die unseren Interessen entspricht. Wir haben für den Verfalltag alle Dispositionen getroffen (Verhalten, Befehl im ganzen Hause). Am 30. April werden die Verbündeten zusammentreten, um die Arbeiten unserer Sachverständigen und die Maßnahmen zu prüfen, die wir als unerlässlich gehalten haben. Man weiß, daß man es in Deutschland mit einer sehr achtsamen Regierung zu tun hat, die nicht über alle Verhandlungsmöglichkeiten verfügt. Die Großindustrie, die ganze Finanzwelt, die Zeitungen besitzen, leiten die deutsche Politik. (Genau wie in Frankreich, D. Red.) Wenn diese Kreise über die vorläufige Lage unterrichtet sein werden, sei man einem Schritt zur Ausführung des Vertrages weiter gekommen. Brand begründet, daß Lloyd George im Unterhause erklärt habe, daß, wenn Deutschland nicht Vorschläge unterbreite, würde die von den Alliierten angenommen werden könnten, daß Ruhrgebiet besetzt würde. Der französische Standpunkt werde von der englischen Regierung verteidigt werden, die sich auch an den Operationen beteiligen werde. Es handele sich nun darum, daß am 30. April genügend Vorschläge vorhanden seien. Er habe im Senat und hier in gleicher Weise ausgesprochen, daß, wenn Deutschland Vorschläge vorlegt mit der Absicht, eine Auseinandersetzung mit den Sachverständigen einzuberufen, wir antworten werden. Am 30. April wird es heißen: Sicherheit. Wir wissen, warum Deutschland sich geweigert hat, die militärischen Organisationen aufzulösen, denn das kann die Lage im Westen ändern. (Ein zweifacher Beleg für den Vandalismus der bayrischen Regierung, D. Red.) Brand spricht sodann davon, daß Deutschland keine Maßnahmen getroffen habe, um die fälligen Zahlungen zu leisten. Im Vertrauen auf die Unterstützung der Alliierten werde die Regierung zu den Verhandlungen am 30. April gehen. Er hoffe, daß die Kammer der Regierung das Vertrauen nicht entziehen werde. Einem Antrag Tardieu, die Regierung zu unterstützen, lehnt Brand ab. Tardieu beharrt auf der sofortigen Debatte, worauf die Regierung die Vertagung auf einen späteren Zeitpunkt verlangt und die Vertrauensfrage stellt. Der verlangte Aufschub wird mit 424 gegen 29 Stimmen angenommen.

Sozialdemokratie und Erwerbslosenfürsorge.

Die Reichstagsfraktionen der S. P. D. und der U. S. P. D. haben einen gemeinsamen Antrag eingebracht, der Grundlage für die Behebung der Erwerbslosigkeit und die Fürsorge für die Erwerbslosen enthält. Es wird u. a. die sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und die Behebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau verlangt. Weiter wird die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung für männliche Personen über 21 Jahre auf 15 Mk. und für weibliche Personen auf 13 Mk. pro Tag gefordert.

Die Verfolgung von Kriegsverbrechen.

Die Koalitionsparteien des Reichstages haben gemeinsam mit den Mehrheitssozialisten einen Ergänzungsantrag zu dem Gesetz über die Verfolgung von Kriegsverbrechen eingebracht. Der Antrag sieht die Anberaumung einer Hauptverhandlung durch den Oberreichsanwalt vor, auch wenn nach seiner Ueberzeugung kein genügender Anlaß besteht, eine Anklageschrift einzureichen. In dem Antrag ist die Tat, die den Gegenstand des Ermittlungsverfahrens oder der Voruntersuchung gebildet hat, unter Hervorhebung seiner gesetzlichen Merkmale und des Strafgesetzes zu bezeichnen.

Die Ruhrbergarbeiter gegen die Oberschichten.

Bochum, 26. April. Die Abstimmung unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften über das Angebot der Arbeitgeber des Steinkohlenbergbaues vom 12. u. 13. April ergab, daß eine überaus große Mehrheit der Mitglieder gegen die Leistung der weiteren Ueberarbeit ist. Das Angebot der Arbeitgeber wurde damit abgelehnt.

Weltwirtschaftliche Revue.

Von Mercurius.

Die internationale Preisbewegung und die Kosten der Lebenshaltung.

Die im Frühjahr 1920 einsetzende rückgängige Preisbewegung am Weltmarkt hat andauernd an und zieht immer weitere Kreise um sich. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika buchten die wichtigsten Artikel im Verlauf eines Jahres ein Drittel bis zwei Drittel ihres Wertes ein. Der Weizenpreis fiel von 2,85 Dollar per Bushel auf 1,65, der Preis von Mais auf 0,65 Dollar gegenüber dem Höchststand von 1,65, der Zuckerpreis fiel sogar von 18,50 Cents per Pound auf 6,02 Cents. Ähnliche Preisrückgänge verzeichnen auch der Kohlenmarkt und die Metallmärkte. Roh-eisen wertet gegenwärtig 25 Dollar pro Tonne gegenüber 40 Dollar im Juli vorigen Jahres, Kupfer 11,57 Cents per Pound gegenüber 19,25 Cents. Ergänzt wird noch das Bild durch den bekannten Preissturz von Baumwolle, deren Preis rund ein Viertel der Vorjahrespreise beträgt. Die zwei letztgenannten Waren: Kupfer und Baumwolle sind bereits billiger als im Friedensjahre 1913. Ein ähnlicher Preissturz, wenn auch etwas weniger ausgeprägt, hat sich in England vollzogen. Die Preise der wichtigsten Artikel fielen im Durchschnitt um 30 Prozent.

In Deutschland verhinderte der Stand der Devisen einen entsprechenden Preisrückgang. Unter den Auswirkungen des Inflationsgeses am Weltmarkt und der Besorgung des Marktes fielen zwar im Juni 1920 auch hier die Preise merklich, doch zogen sie nachher wieder an und erreichten in ununterbrochener Aufwärtsbewegung Ende des vergangenen Jahres ungefähr ihren früheren Höchststand. Seitdem macht sich die herrschende Tendenz des Weltmarktes, wenn auch in stark abgeschwächter Maße, geltend. Nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung“ fielen die Preise von 77 Großhandelsartikeln seit Dezember durchschnittlich um 15 Prozent.

Die Bewegung der Großhandelspreise wirkt nicht unmittelbar auf die Kosten der Lebenshaltung der breiten Massen. Die hierfür entscheidenden Preise im Detailhandel haben erfahrungsgemäß eine größere Beharrungsstendenz und schlossen sich auch diesmal nur zögernd der allgemeinen Abwärtsbewegung an. Der zur Erhaltung einer Familie erforderliche Aufwand weist in der Vereinigten Staaten erst im September 1920, in England und im Dezember 1920 und in Deutschland im Februar laufenden Jahres eine Verringerung auf. Nach einer Zusammenstellung in der „Wirtschaft und Statistik“ *) zeigen die Lebenshaltungskosten seit dem Kriegsausbruch folgende Gestaltung: Setzt man die Kosten für jedes der drei Länder im Juli 1918 gleich 100, so erreichten sie in den Vereinigten Staaten ihren Gipfelstand in den Sommermonaten 1920 mit der Verhältniszahl 215 und fielen im Januar 1921 auf 160 zurück. In England ist die Höchstziffer im November 1920 mit 276 erreicht, bis Februar des laufenden Jahres ist dann ein Rückzug auf 251 festzustellen. Im Deutschen Reich stieg die Verhältniszahl bis 924 im Januar empor und zeigt im Frühjahr den geringsten Rückgang auf 493. Nach diesen Berechnungen betragen also die Kosten der Lebenshaltung Anfang des laufenden Jahres in den Vereinigten Staaten etwa um Zweidrittel mehr als im letzten Friedensmonat, in England das Zweieinhalbfache und in Deutschland rund das Neunfache.

Die Wirtschaftskrise in England.

Der schwere soziale Konflikt im englischen Steinkohlenbergbau wurde durch die ungünstige Entwicklung des Kohlenmarktes unmittelbar heraufbeschworen. Mögen die Wurzeln der Arbeitsbewegung tiefer liegen. Der Preissturz der vergangenen Monate hatte die hohen Gewinne auf Ertragskante, welche die Grundlage des letzten Lohnabkommens gebildet haben, weggespült. Die Streitigkeiten über das Ob und Wie des mit dem Preisabfall unvermeidlich verbundenen Lohnabbaues führten zu dem erbitterten Kampf. Es ist aber

ganz offensichtlich, daß er zu einem für die Arbeiter ungünstigen Zeitpunkt ausbrach. Auf welches Gebiet der englischen Wirtschaft man auch blickt, überall zeigen sich die Symptome einer Absatzstörung und der relativen Ueberproduktion. Bei dem stark eingeschränkten Bedarf der Depressionsperiode und den ziemlich reichlichen Kohlenvorräten kann die Wirtschaft der laufenden Förderung eine gewisse Zeit hindurch entlasten. In welchem Grade die Volkswirtschaft Englands von der Krise ergriffen wurde, mögen folgende Zahlen erhärten:

Unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern betrug die Arbeitslosigkeit im Januar 6,8 Prozent, im Februar 8,5 Prozent gegenüber 1,6 und 1,1 Prozent in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Im Monat Februar wurden 1 550 000 Arbeiter durch Lohnverkürzungen betroffen.

Die Roheisen- und Stahlproduktion zeigt im Vergleich mit dem Vorjahre folgende Entwicklung:

	Roheisen in tausend To.		Stahl in tausend To.	
	1920	1921	1920	1921
Januar	865	642	754	483
Februar	645	483	798	483
März	699	385	840	357

Die Emission von Aktien und festverzinslichen Papieren, welche das Maß der Kapitalinvestitionen anzeigt, betrug im ersten Quartal 1921: 613 Millionen Pfund Sterling gegenüber 135 Millionen im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Für die englische Wirtschaftsfrage sind ganz besonders charakteristisch die Außenhandelsziffern. Der Rückgang ist, wie nachstehend ersichtlich, enorm. Die Zahlen beziehen sich auf die Monate Januar bis März.

	in Millionen Pfund Sterling	
	1920	1921
Import	530	307
Export	370	254
Importüberschuß	160	53

*) Gelesen gegeben vom Statistischen Reichsamt.

Der Bürgerblock für Auflösung des Magistrats.

39. Vollziehung des Volkstages.

Mittwoch, den 27. April 1921.

Um 8 Uhr wurde die Sitzung durch den Präsidenten Dr. Wotjak eröffnet. Der in der vorhergehenden Sitzung zum hauptamtlichen Senator gewählte Stadtrat Kung wurde gemäß Artikel 28 der Verfassung durch den Senatspräsidenten Sahn in sein Amt eingeführt. Der neue Senator gelobte seine Pflichten gewissenhaft und im Sinne der Verfassung zu erfüllen.

Übernahme der Magistratsgeschäfte durch den Senat.

Senatspräsident Sahn ging auf die Medien am Montage ein. Es sei nicht möglich auf alles zurückzukommen. Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses wären nicht richtig wiedergegeben worden; dort sei von der Auflösung des Magistrats bei gleichzeitiger Bildung der Stadtbürgerchaft gar nicht die Rede gewesen. Redner protestierte gegen den Vorwurf der Verfassungsbrüche. Edmüdische Maßnahmen des Senats ständen mit der Verfassung im Einklang. Das Schreiben, in dem drei Senatoren sich mit den Magistratsmitgliedern solidarisch erklärten, sei von den Herren zurückgezogen.

Wer war es?

Senator Jewelowski und Abg. Rahn (R.) führten dann ein Mededuell über einen Vorfall, der sich bei der Abfahrt der Danziger Delegation zu den Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen auf dem Bahnhofsplatz in Danzig ereignete. Bei der Belegung der Wägel stellte sich heraus, daß eine Person mehr anwesend war, als vorgesehen. Dieses war Magistratskassierer Dr. Hoffmann, der auf Veranlassung des Stadtrates Dr. Gwert an der Fahrt teilnehmen sollte. Nach der Darstellung des Senators Hoerler war das Ergebnis einer kurzen Beratung der Senatoren, daß Senator Dr. Schwarz beauftragt wurde, den Magistratskassierer zum Aussteigen zu veranlassen. Abg. Rahn behauptet, daß dieses Senator Jewelowski selbst getan habe, und zwar mit groben Worten. Jewelowski antwortet, daß die Behauptung Rahn von A bis Z erfunden sei. Abg. Reusch, der von Rahn als Zeuge angesehen wurde, erklärte, daß man in einer Sitzung des Magistrats sich zwar mit dem Verfall beschäftigt habe, daß aber der Name Jewelowski nicht genannt worden sei. Es sei lediglich von einem Senator gesprochen worden, der sich in Abschiedsentscheidung befand.

Abg. Rau (U. S. P.) vertrat den Standpunkt der U. S. P. zu Übernahme der Geschäfte durch den Senat. Durch den Artikel in der Verfassung habe man eben eine Sicherung schaffen wollen, daß die Stadtverordnetenversammlung nicht eher aufgelöst wird, bis die Stadtbürgerchaft gebildet ist. Redner bedauert die Auflösung der Selbstverwaltung der Stadt Danzig. Die Vertreter des Senats in der Stadtverordnetenversammlung würden dort als Verfassungsbrecher behandelt.

Abg. Dr. Kubacz (Pole) vertrat gleichfalls den Standpunkt, daß die Stadtverordnetenversammlung erst nach Bildung der Stadtbürgerchaft aufgelöst werden kann.

Der Antrag der U. S. P. die Übernahme der Geschäfte des Magistrats durch den Senat bis zur Bildung der Stadtbürgerchaft zurückzustellen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Die 2. und 3. Beratung einer Forderung des Elektrizitätsgesetzes wurde nicht vorgenommen, sondern der Entwurf an den Elektrizitätsausschuß zurückverwiesen. In den 15 glücklichen Ausschüssen für die Elektrizitätswirtschaftsstelle wurden die Genossen Kregynski und Brill gewählt.

Die Gesetzentwürfe über Forderung des Postgesetzes, der Postgebühren, des Postschiedgesetzes und der Telegrammgebühren wurden dem Verkehrsauausschuß überwiesen.

Ueber eine Reihe Eingaben wurde von den Ausschüssen Bericht erstattet. Das Haus stimmte den Beschlüssen der Ausschüsse zu. U. a. wurde die Eingabe des Vorstandes des Deutschen Bauarbeiterverbandes betr. Befreiung der Wohnungsbau- und Schachtelproduktiver Arbeit dem Senat als Material überwiesen.

Der Abbau der Lebensmittelpreise

war eine der Forderungen, die die Demonstranten am 29. Juli v. J. erhoben hatten. Die Forderung war später von der U. S. P.

als Antrag eingebracht worden und kam gestern nochmals zur Beratung.

Abg. Rau (U. S. P.) stellte fest, daß der Antrag vor etwa neun Monaten gestellt worden ist. Durch die inzwischen eingetretene Veränderung der Verhältnisse sei der Antrag überfällig geworden und werde deshalb von der U. S. P. zurückgezogen.

Abg. Sen. Kregynski war anderer Ansicht. Die Forderungen sind bei der heute herrschenden Leistung durchaus nicht überholt. Ein Ausfuhrverbot für sämtliche agrarische Erzeugnisse sei auch heute noch zeitgemäß, ebenso der planmäßige Abbau der Lebensmittelpreise. Auch die Forderung, den Brotpreis nicht zu erhöhen, sei nicht veraltet. Eine Herabsetzung des Kartoffelpreises sei jetzt sogar in noch größerem Maße möglich, wie im vergangenen Jahre. Sen. Kregynski bedauerte, daß der Abg. Rau den Antrag zurückgezogen hat.

Das Haus beschließt den Antrag als erledigt zu betrachten. Der Antrag auf Bänderung der Notlage der mühsamerwerbenden Bevölkerung wurden an den Wirtschaftsausschuß zurückgegeben. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Sen. Kregynski und dem Abg. Senke (U. S. P.), weil ersterer behauptet hatte, der Antrag wäre von der Partei lediglich aus agitatorischen Gründen gestellt. Die Antragsteller hätten die ursprüngliche Fassung ihres Antrages fallen lassen. Der Abg. Senke verwahrte sich gegen diesen Vorwurf.

Die Fischerei im Messina-See

behandelt folgende große Anfrage der Sozialdemokratischen Fraktion:

Ist dem Senat bekannt, daß im August vergangenen Jahres in dem Messina-See bei Neufähr eine große Menge Fische (etwa 400 Zentner) eingegangen sind, weil die Fischerei in diesem See verboden ist?

Was gedenkt der Senat zu tun, um eine Wiederholung solcher, das Interesse der Bevölkerung schwer schädigender Vorgänge zu vermeiden?

Abg. Sen. Grünhagen: Im August v. J. wurde ich von Fischern gebeten, den Messina-See bei Neufähr in Augenschein zu nehmen, in dem ein starkes Fischsterben herrsche. Der Messina-See ist Vogelstreckgebiet, die Fischerei ist nur in beschränkter Weise gestattet. An einer Uferstrecke des Sees von etwa 120 Schritt lagen 218 tote Fische und zwar Aale, Karpfen und andere im durchschnittlichen Gewicht von 3 Pfund. Das Gesamtgewicht der toten Fische habe schätzungsweise 400 Zentner betragen. Diese große Menge Fische gingen der Genehmigung der Bevölkerung verloren, zu einer Zeit, als Mangel an Fischen bestand. In einer Eingabe im September v. J. an den Senat wurde deshalb gebeten, mehreren Fischern die Berechtigung zum Fischen im Messina-See zu geben. Die Jagd soll nach wie vor verboten bleiben, um die Brutstätten der Wasservögel zu schonen. Am 27. November leitete der Senat in einem Antwortschreiben mit, daß im Gebiet des Messina-Sees zahlreiche seltene Vögel nisten, auch habe die Entenjagd in der Umgebung infolge dieses Schongebietes sich sehr gut entwickelt, deshalb müsse jede Beunruhigung des Gebietes vermieden werden. Genosse Grünhagen vertritt dagegen die Ansicht, daß die Fischerei vorteilhafter für die Bevölkerung ist als die Entenjagd. Die Jagd am Messina-See ist zwar verboten, aber trotzdem wird sie vom Förster in Wahnhaft verbotswidrig ausgeübt. Der See kann als Naturdenkmal weiter geschont werden, aber es muß möglich sein, den Fischreichtum der Bevölkerung auszuführen. Die Berechtigung zum Fischen möge man durch öffentliche Ausschreibung an vertrauenswürdige Personen erteilen.

Senatsvertreter Nikolai antwortet, daß das Gebiet von der preussischen Regierung als Naturdenkmal unter besonderen Schutz gestellt worden sei. Das Fischsterben sei sofort gemeldet worden. Es seien aber höchstens 20 Zentner tote Fische gefunden worden. Redner zweifelte die Richtigkeit der Schätzung Grünhagens an. Das Fischsterben sei wahrscheinlich auf elektrische Einwirkungen zurückzuführen, da es zur fraglichen Zeit sehr heiß war und das Gewässer nur eine geringe Tiefe hat. Der Fischertag habe jedoch nicht nachgelassen. In den Jahren 1917-19 sind pro Jahr etwa 30 Zentner Fische gefangen worden, die einen Erlös von 18.500 Mark brachten. In den nächsten Tagen soll die Fischzählung des Messina-Sees in öffentlicher Verbindung auf 12 Jahre verpackt werden.

Abg. Sen. (Tmasl.) schließt sich den Ausführungen des Oberförsters Nikolai an. Auch er hält die vom Abg. Grünhagen angegebene Zahl für zu hoch. Er tritt für einen weitgehenden Schutz des Gebietes ein.

Abg. Sen. Grünhagen stellt fest, daß das Urteil der Sachverständigen nicht richtig sein könne, da vorher von den interessierten Personen der größte Teil der auf dem Strande liegenden toten Fische beiseite genommen sei. Mit der Verpackung des Sees erklärt er sich einverstanden. Hauptsache sei, daß der Fischfang voll ausgenutzt werde. Damit wird die Aussprache über diesen Punkt geschlossen.

Die Herabsetzung des Kartoffelpreises

bezweckt folgende große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion: Die Preisspanne vom Erzeuger bis zum Kleinhandelspreis beträgt für einen Zentner Kartoffeln 8,50 Mark. Davon erhält der Großhändler, in diesem Falle also die Kartoffelverforgung Danzig, S. m. b. H., für die Vermittlung der Kartoffeln an den Kleinhandel 5 Mark. Unkosten für Einmischung oder durch Frost entstehenden Schwund hat die Kartoffelverforgung Danzig nicht mehr zu bestreiten. Die für die Kartoffelverforgung in Betracht kommende Vergütung von 5 Mark für einen Zentner erscheint weiten Kreisen der Bevölkerung viel zu hoch und erregt mit Recht Mißstimmung.

Was gedenkt der Senat zu tun, um die Preisspanne der Kartoffeln vom Erzeuger an Großhandelspreis wesentlich zu verringern?

Abg. Sen. Rau wies auf die hohe Spannung zwischen dem Einkaufspreis der Kartoffeln hin. Der Einkaufspreis beträgt 20 Mark pro Zentner, die Kartoffelverforgungs-gesellschaft nimmt 5 Mark für sich in Anspruch und überläßt 8,50 Mark dem Kleinhändler. Der hohe Gewinn der Kartoffelverforgungs-gesellschaft wurde mit der Frostgefahr und dem Verlust auf der Bahn und durch das Einmischen begründet. Der Vertrag zwischen Wirtschaftsausschuß und der Gesellschaft wurde geschlossen, um eine regelmäßige Kartoffellieferung sicherzustellen. Deshalb sollten Kartoffeln eingemietet werden. Das ist nicht geschehen. Die Frostgefahr besteht nicht mehr. Das Mindergewicht der Kartoffelladung zwischen Aufgabe- und Empfangsstation wägt die Gesellschaft auf die Kleinhändler ab. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß der Verdienst der Gesellschaft durch Herabsetzung des Kartoffelpreises beschnitten wird. Verschiedene Kaufleute waren in der Lage, Kartoffeln billiger zu liefern, wurden jedoch durch die Kartoffelverforgungs-gesellschaft daran gehindert. Redner verlangt die Lösung des Vertrages; damit die Bevölkerung sich mit billigeren Kartoffeln versorgen kann.

Senator Dr. Gwert war der Meinung, daß die jetzige Zeit zur Auflösung des Vertrages nicht geeignet sei, weil die Gesellschaft zurzeit über 80.000 Zentner Kartoffeln verfügt und bestrebt, dafür nicht genügend Abnehmer zu finden.

Abg. Rahn (R.) teilte diese Beschränkung nicht. Infolge des hohen Preises der Kartoffeln hätten sich nur wenige einen Vorrat schaffen können. Der Gewinn der Gesellschaft sei zu hoch. Durch Freigabe des kleinen Grenzverkehrs wäre es möglich, den Kartoffelpreis zu senken. Der Vertrag mit der Kartoffelverforgungs-gesellschaft sei sofort zu kündigen.

Abg. Senfleben (Tmasl.) trat für Kündigung des Vertrages ein, da er für die Bevölkerung nicht günstig sei.

Auf Antrag des Sen. Gwert wurde die Anfrage dem Wirtschaftsausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Um 6 1/2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Danziger Nachrichten.

Verlegung der städt. und staatl. Schulverwaltung. Am Sonnabend, den 30. April und Montag, den 2. Mai 1921 bleiben die Geschäftsstellen der städtischen einschl. der freistaatlichen Schulverwaltung des Senats, Abtlg. für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, der Regierung Abtlg. für Schulwesen, und des Schulkollegiums der Freien Stadt Danzig wegen Umzuges für das Publikum geschlossen. Vom 2. Mai d. J. ab befinden sich die Bureauräume dieser Verwaltungen Neugarten 28 (Gebäude der früheren Intendantur).

Der Sternsteinhof.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)

„Mit nochmal rühr mich an!“ freilich der. „Rühr mich mit an, laßt schrei ich um Hilfe! — Ich weiß von mir. Und wann es war, wie du denkst, wer hat dich denn wollen gehessen, wer hat dich denn gegessen. Wort und Handschlag zu geben! Das alles hast freilich und ehrenhafter sitzt wohl in der Ausnahme, wenn du dir nicht merken laßt, als wenn du dem Schlag und auf dem Hof zum Gehölt den Reuten als der gefoppte Siebengelichte unter die Augen gehst.“

Toni verstand sich überhaupt nicht darauf, seinem Vater einen Wunsch an den Augen abzulesen, derjenige aber, der jetzt aus den Augen leuchtete, war doch etwas gar zu unwäglich. Hätten Wädel die Macht zu verlieren, zu vergriffen, zu vergiffen, der Würde wäre nicht lebend von der Stelle gekommen. Wädel frampfte sich dem Alten der Mund und die ganze untere Partie des Gesichtes zusammen, als ob er eine unreihe, herbe Frucht zwischen den Zähnen hätte. Er schrie dem Vurschen den Rücken zu und schritt langsam nach der Gasse hin zurück.

Dort lag er, in sich gefehrt, wortlos und leerte fleißig sein Glaslein.

Es war spät am Nachmittage, als sechs Bauern den Sternsteinhof hinaus nach dem Schuppen trugen. Einer ging dem Zuge mit einer Fahne voraus, es war eigentlich ein Besenstiel, an dem ein Rüstschuch hatterte, sie ward gefelkt, als man den Volltrunkenen in das Rüstgeschicht seines Wädelchens auf Stroh bettete. Man legte ihn, statt der Hüllengilder, Spickarten auf die Brust und er ermunterte sich gerade noch so weit, daß er die Wädel zusammenrollen und dem Spahnvogel an den Kopf werfen konnte, der sich eben anschickte im lamentablen Vorwetter eine Dankagung der „Hütraubanden Hütraubanden“ an die „gährten, vblschmüßden Anwesenden“ herabzuleiern.

„Rühr zu, Kollant!“ rief der Trunkene.

„Behut Gott, Käsbiermarkt!“ rief der Toni vom Antschod.

Zu sich, heut kann ich nicht abkommen. Groß mer die Sall!“

Der Wagen rastele davon und hinterher liefen die zwei gewonnenen Braumen und sahen mit breiten Mäulern und ersten Augen auf die gefallene Gasse herab, die vor ihnen im Stroh von einer Seite zur anderen fallerte. Von Zeit zu Zeit hob der Bauer die schweren Lider und stierte die teilnahmslosen, gleichmäßigen Biergichter an, mit einem leisen Fluche schloß er dann wieder die Augen; sah er aber die beiden Pferde die Köpfe zusammenstrecken, als hätten sie, wunder was, heimlich miteinander, so geriet er in Wut und traktierte sie mit Faustschlägen; durch ihr Aufbäumen und Schlagen irritierte sie dann das Wädelchen hinter sich und Toni hatte alle Mühe, sie wieder zu beruhigen.

Diese kleine Bescherer vermochte jedoch nicht die gute Laune des Vurschen zu schmälern, er piffte leicht vor sich hin und manchmal, wenn er mit einer kalten Kopfwandlung hinter sich ins Wädelchen nach dem „Herumschleudern“ Alken hinkte, überkam es ihn auch, daß er lachte, aber ersichtslos aber mit geschlossenem Munde, durch die Nase.

„Ja, bei den Soldaten lernt man sich auf Piffe verstehen! Wie häufig in der Welt, trägt es auch da die Redheit über den Verstand davon, das Feinsinnigkeitsdelte, was der ausstank, verpielt und das Wädelchen, was oft mit Hancan zu greifen, gewinnt. Der Toni überließ sich der unglücklichen Freude über den Erfolg seiner „Kriegslist“. Nur elliche Male während der langen Fahrt besuchte er seinen Kopf und seinen linken Arm; wo er gegen die Wand schlug, wird es wohl Beulen geben, und wo sich die Finger des Alken eingekrallt hatten, Bläue und braune Flecken.

„Rein Darandenton wert! heiser hätte ich mit davonkommen können. Oh, Kollant, bleibst im Schritt! Werst, daß es heimzu gehst? Kollant den Stall mit erwarten? Ich werd dir.“

Gang nahe lag der Sternsteinhof. — In acht Wochen Herr darauf!

16.

Was sich im Wirtshaus zu Schwenddorf zugetragen, das kam dort wie zu Zwitschenbüchel noch am nämlichen Sonntagabende unter die Beute und einer trug es dem andern als eine „wahrhafte Neuigkeit“ zu, daß über acht Wochen der Sternsteinhofer Toni mit des Käsbiermarktes Sall Hochzeit halten werde. Wenn es auch Allgemein Wunder nahm, wie rasch sich das schlechte und das „eingefamte“ Alte sich so mit eins entschloß, „in die Kuh zu gehen“, so war doch nichts Auffälliges dabei, der Bauer wollte eben seinen Willen haben und der Kuh gehorhamter; es waren nur ein paar überfällige Köpfe, die darüber stülpten und etwas von „Aufgelesen sein“ verlauten ließen, aber heisseß nicht zu laut, denn sie gehörten zur Augen Bräuerschaft, welche die Wahrheit im Saß behält, wohl wissend, daß sie für den Besitzer kein Postaler, dem Reichen, dem man sie bietet, meist ein unliebsames Schandstück und dem Bettler ein abgegriffener Groschen sei, den er nicht einmal gekennet nimmt.

Am Montage war der Sternsteinhofer noch nicht imstande über seine Lage nachzudenken, den Schwerm erparke ihm ein Weh, nämlich Kopfweh; er hatte eines von jenen, wobei dem Menschen vorkommt, daß Oberflächchen wäre rein ausgeräumt und es ist ein fleißiger Wertmeister darinnen und köhrte und sagte und hämmerle, einmal mit spikem Hammer, dann mit stumpfem Schlagel. Bis er weiterabend macht, verelendet man einen Tag wie nicht.

Diensdag ging der Bauer seiner gewohnten Beschäftigungen nach, doch erpreßte es ihm mehrmal den Seufzer: „Ja, ja, mein

lieber Hof, higt kumst bald in andere Hände!“ Mittwoch bekräftigte ihn der Gedanke: Dieselben Hände möchten wohl weder die fleißigsten noch die geschicktesten sein. Am Donnerstags besagte er das „arme Anwesen, das ihn, seinen alten Herrn, gewiß schwer vermissen werde, aber er könne leider nicht helfen, einmengen sei keine Sache mit! Freitags war er zu der Ueberzeugung gelangt, daß ohne ihn alles hinter sich gehen müsse und Sonnabends beruhigte ihn vollends die Schlussfolgerung: Bei der hinterlistigen Weite, mit der sich der junge Bauer und die Schürer (Schmiegrüchter) hier eingebrannt hätten, könne kein Segen sein, die beiden würden es heifer auszubaden haben, als sie gedächten, bis ihnen schließlich der Hof unten durchwischte und sie in dem D. . . . I zu sitzen lämen; diese tröstliche Voraussicht, die ihm in viel drastischeren, nicht gut widerzugebenden Bildern vor dem geistigen Auge schwärzte, verlohnte ihn mit seinem Schicksale, so daß er Sonntag zu Schwenddorf vor der Kirche Käsbiermarktes Sall so freundlich und väterlich begrüßte, als er es eben vermochte und wie es von ihm eigentlich gar nicht zu erwarten stand.

Von nun ab nahmen ihn nur noch zwei Dinge in Anspruch, die Vorbereitungen zur Hochzeit und die Errichtung seines Ausgehings, denn eine Hochzeit wollte er „zurücken“, über welche die Beute von dem Mäuler und Augen aufstehen und die von fernher die Hülle darnach reden sollten und auf einem Ausgehing wollte er sitzen, wie sonst keiner im Land. Der „findige Kollant“, der den Vertragskontrakt aufzusuchen hatte, mußte auch die Scheinungsurkunde niederschreiben, durch welche der Sternsteinhofer Haus und Hof mit allen Liegenschaften und Gründen und ein gut Stück bar Geld dazu seinem Sohne als eigen übergab, den Rest seines Ersparten jedoch, samt der reikenen Kasse, etliche genau bezeichnete Einrichtungsgegenstände und elliche eben so genau beschriebene Stücke Viehes behielt der Alte für sich, sowie auf der von Zwitschenbüchel abgekehrten Ernwädelte des Gügels einen Teil des Gartens und daneben etwas Grund, dort wollte er sich anbauen, und wenn das Häuschen neßten Stellen unter Dach sein wird, mit all seinem Eigen dahin übersiedeln, bis auf die Zeit aber, so war es ausbedungen, sollte die „Eferne“ an Ort und Stelle, sein Vieh in den gemeinsamen Stallungen und er in seinem Kämmerlein unangestochten Verbleib haben, denn er war vorläufig genug, sich nicht der Gefahr auszussetzen, etwa gelegentlich eines Streites mit allem Um und Auf vor das Haus nicht zu werden und sie er noch ein solches hatte, einen „armen Abbrandler“ gleich, unter Gerümpel und blöfendem Vieh ralles dazukommen.

Am frühen Morgen des Tages, an welchem der Toni zur Trauung nach Schwenddorf hinführte, hatte das junge Weib des Holzschmieds das Haus verlassen, um vor dem Eintreffen des Brautgutes dort in der Kirche sein zu können.

(Fortsetzung folgt.)

Der Volkstag

Der Volkstag, nachdem die Einführung und Verpfändung des am...

Ein weiterer Antrag unserer Partei, auf Senkung des Kartoffelpreises...

Der Danziger Jugendfürsorge-Verband im Jahre 1920.

Einem und zugeteilten Tätigkeitsbericht dieses Verbandes für 1920...

Zur Gründung einer Volksbühne.

Durch die Absicht des Direktors Schaper vom Danziger Stadttheater...

Der von 2389 bearbeiteten Fällen handelte es sich um 1400...

Unter den 218 gemeldeten schulpflichtigen Jungen waren 198...

Bei den neu gemeldeten Straftaten handelte es sich vorwiegend...

Das Gericht erkaute auf: Verstoß in 108 Fällen, Verweis...

Unter den abgeurteilten Jugendlichen sind als rückfällig zu be...

Beim Ausscheiden Danzigs aus dem Deutschen Reich wandelte...

Das Kinderheim Oliva, Kaiserweg 82, dient der vorübergehenden...

Das Heim junger Mädchen, Schatzmachersgasse 5/6 war im...

Wie in den Vorjahren sind 4 elende, schwächliche, von der...

Der Bericht schließt nach Dankworten an die Förderer und...

Ausgabe der Zuckerkarten. Im heutigen Anzeigenteil unserer...

Der Hausfrauen-Wirtschaftsverband zum Fleischmangel. In der...

Die Unabhängigkeit von jeder Rücksichtnahme auf ein sensations...

Welt wird. (Selbstlich, das vom Wirtschaftsbund für gut...

Der formal festgesetzte kommunale Steuervertrag.

Zur gestrigen Veröffentlichung der vom Magistrat für das Jahr...

Pollzeibeitrag vom 28. April 1921. Verhaftet: 11 Personen...

Standesamt vom 27. April 1921.

Todesfälle: Witwe Pauline Scherer geb. Krest, fast 58 J. —

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Table with columns: gestern, heute, oestern, heute. Lists various locations and their corresponding cigarette counts.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Borg, für den Danziger...

Arbeits der Öffentlichkeit zuzuwenden. In Dresden, Elberfeld, Düsseldorf...

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ausgabe der Zuckerkarten.

Auf Grund unserer Bekanntmachung vom 6. Juni 1917 machen wir bekannt:

1. Von Freitag, den 29. April bis Mittwoch, den 4. Mai erhalten die Haushaltungen bei den Colonialwarenhandlern, in deren Auntenliste sie sich auf Grund der Nahrungskarte haben eintragen lassen, die neuen Zuckerkarten gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 32.

2. Auf die für die Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre ausgestellten Nahrungskartenzugabekarten Nr. 32 werden gegen Abgabe der Hauptmarke Nr. 32 zwei Zuckerkarten, deren Marken den Buchstaben „A“ tragen, ausgehändigt.

3. Die Haushaltungsanwärter haben auf die Stämme der Zuckerkarten ihren Namen und die Wohnung mit Tinte oder Tintenstift aufzuschreiben. Karten, auf denen diese Angaben fehlen, oder solche Marken, deren nicht beilefert werden.

4. In den meisten Geschäften dürfen nur die Hauptzuckerkarten beilefert werden, die den Stempel der Stadt Danzig tragen und deren Stamm und Marken mit einer „1“ versehen sind und die Zuckerkarte für Kinder, die ebenfalls den Stempel der Stadt Danzig tragen und deren Stamm und Marken mit einem „A“ versehen sind.

Die Sonderzuckerkarten und die Bezugsscheine dürfen nur beilefert werden, wenn sie den Stempel der Nahrungskartenstelle der Stadt Danzig tragen.

5. Die an den neuen Zuckerkarten befindlichen Zulagzuckermarken dürfen von den Händlern mit dem verdilligten Zucker zum Preise von Mark 2.50 für das Pfund nicht beilefert werden.

6. Die vereinnahmten Hauptmarken Nr. 32 sind von den Händlern in der Zeit von Freitag, den 6. bis Montag, den 9. Mai in der Nahrungskartenstelle, Wiebenaferne, Hügel B. Eingang Doggenstuhl, 1. Obergesch., Zimmer 18 einzuliefern.

Danzig, den 27. April 1921.

Der Magistrat.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Donnerstag, den 28. April 1921, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2

Der Tod des Empedokles

Von K. K. K. In 3 Akten. Als eine frühe Aufführung bearbeitet und eingeleitet von Wilhelm v. Scholz. Umrahmende Musik von P. van Beethoven. In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Wenz. Musikalische Leitung: Ludwig Schlicht. Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende 9^{1/2} Uhr.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1.

„Die tolle Komte“, Operette

Sonabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1

Gedipa Drama.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Maßpreis. Doppelgastspiel.

Kammerlänger Otto Gortz vom Metropolitan Opera-Haus in New York und Hans Böttger, Berlin. „Carmen“ Große Oper.

Wanzen und deren Brut

Beste Zeit zur Brutvernichtung.

A. Neumann, Franziskanerdrogerie, Leipzigerstr. 5, Kottbusergasse 1.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4093.

Resiner u. Direktor Paul Baumann.

Kunst-Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.

Heute Donnerstag, den 28. April

Anfang 7 Uhr Anfang

„Weinende Erben“

Morgen Freitag, den 29. April

Ehren-Abend für Frl. Hanna Fischer

Zum 1. Male

„Förster-Christl“

Vorabend-Freitag, den 29. April 7 Uhr nur im Deuma-Haus Langgasse 19 70 statt.

Sonntag 9-2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung: Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Für Puddings, Flammeris, Suppen, Funken, Forten u.s.w. verwende man stets **Dr. Oetker's Gustin** Bestes, deutsches Fabrikat! Volles deutsches Pfundgewicht!

Reichshof-Palast Danzigs vornehmstes Weinhaus und elegant. Bar Täglich 4 Uhr-Gesellschaftstee mit Tanzvorführungen Freitag, d. 29. April 1921 Ehrenabend Freitag, d. 29. April 1921 **Arosa und Ramiro** das beste spanische Tansorpaar unter Mitwirkung erster Künstler der Oper und Operette u.a.: Lotte Holm, die 13jähr. Spitzentänzerin Künstlerkapelle Wenz / Tischbestellungen rechtzeitig arbeiten / Vorzügl. Küche

Kleiner Klagende 8 Tage alt, u. eifern, alte Feldbetten zu verkaufen. Prochnow, Tröfen, Außingstr. 5. Klavierspieler und Geiger für Hochzeiten und kleine Feiern. Blumberg, Schöngang. 21. Sämtliche Gartenarbeiten und Inhandlungen von Gärten führt sauber aus. O. Ehle, Gärtner Danzig-Obra, Kofengasse. AL Schäferhund, Marke 4117, Sonntag entlaufen. Vor Ankauf wird gewarnt. Wiederbr. zeh. gute Belohn. Alena, Rolkowgasse 14 pt. Hinterhaus. Berlangen Sie die „Volkstimme“ in den Gassen!

GARBÁTY Stets Qualität! Sonnabend, den 30. April, 7^{1/2} Uhr, Werkspielehaus, Danzig

Bodenreform und Soziale Frage (Im Kampf um den inneren Frieden) Vortrag von Rud. Wiesener, Hamburg, 2. Vorf. des Bundes deutscher Bodenreformer. Eintritt frei! Bund Danz. Bodenreformer. Danz. Mieterverein. Bund techn. Angestellten u. Beamten. Gewerkschaftsbund der Angestellten. Danz. Bau- und Stehlsagen. Reichsverband deutscher Post- u. Telegraphenbeamten. Deutsch. Gütemplerorden. Deutsch. Gewerkschaftsbund. Gemeinnützige Bau- u. Wohnungsgenossenschaft. Danz. Lehrerinnen- u. Lehrerverein. Bund aktiver Frauen. Kath. Gesellen- und Arbeiterverein. Gewerkschaftsbund kaufmännischer Anarchisten-Verbände.

Sozialdemokrat. Verein Danzig-Stadt. Am Freitag, den 29. April, abends 6^{1/2} Uhr, in der Wauerherberge, Schäffelbamm **Generalversammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. 2. Quartalsrechnung. 3. Jahresbericht und Berichte der Ausschüsse. 4. Neuwahl des Vorstandes und der Ausschüsse. 5. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Der Vorstand.

Freie Bauernoffenschaft zu Danzig. Geschäftsamt: Heveliusplatz 1-21, Zimmer 44.

Freitag, den 6. Mai 1921, abends 6 Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses, Heveliusplatz 1-21, Zimmer 70

Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht des Verbandsrevisors. 3. Genehmigung der Bilanz. 4. Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes. 5. Neuwahl von vier Aufsichtsratsmitgliedern, Ergänzungswahl eines Aufsichtsratsmitgliedes. 6. Änderung des Genossenschaftsstatuts § 43, Erhöhung der Geschäftsanteile. 7. Verschiedenes. Die Kassenübersicht, Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für 1920 ist für Mitglieder im oben genannten Geschäftszimmer einzusehen. Dasselbst erhalten Nichtmitglieder Auskunft. Der Aufsichtsrat Der Vorstand J. A.: Justus Pfaffwisch. Rech. Aref. David.

Wir empfehlen folgende **Kleine Flugschriften der Monistischen Bibliothek:** Das Wesen des Monismus 1.20 Monismus und Religion 1.20 Die irrel. Wahrheit 1.20 Religionsunterricht oder Moralunterricht? 1.20 Monismus und Klerikalismus 1.20 Die Entwicklung der Erde 1.20 Der Mensch und das Weltall 1.20 Ueberblick über die Geschichte der Abstammung im Kampfe mit der Schöpfungsgeschichte 1.20 Die Abstammungslehre 1.20 Der Bau des Menschen als Zeugnis für seine Vergangenheit 1.20 Der Ursprung des Lebens 1.20 Die Entwicklung von Pflanze und Tier 1.20 Lebensbeherrschung 1.20 Qualitative und monistische Weltanschauung 1.20 ahzeugung 2.40 Anfänge des Glaubens und heidnische Grundlagen des Christentums 1.20 Kann der Monismus eine Religion genannt werden? 2.40 enn es keinen Gott gibt, was dann? 1.20 **Buchhandlung Volkswacht** Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Fordern Sie überall **750 Bassma** pro Paket Feinschnitt-Tabak für Zigarette und kurze Pfeife in unveränderter Qualität Tabakfabrik B. Schmidt Nachf., Danzig, Rähm 16 Telefon 2327. Fabrikniederlage Danzig-Schildh., Karthäuserstraße 113 Telefon 2747. (4088)

Ausführung sämtlicher **Druck-Aufträge** für den Geschäfts- und Familienbedarf **Massenauflagen** in kürzester Frist **Reichste Auswahl in Gewerkschafts- und Parteiliteratur** Jugendschriften Unterhaltungslektüre **Buchhandlungen** Nicht Vorhandenes wird umgehend besorgt durch unsere **Buchhandlungen** Am Spendhaus Nr. 6 - Paradiesgasse Nr. 32